

Laibacher Zeitung.

Nr. 242.

Bränumerationpreis: Im Comptoir ganz.
fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Ausstellung ins Haus
halbj. 50 kr. Mit der Post ganz. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 21. October

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr.
2m. 80 kr., 3m. 1 fl., sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr.,
3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedem. 30 kr.

1867.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 12. December d. J. den Rath des Grazer Oberlandesgerichtes Johann Fraeß v. Ehrfeld auf seine Bitte zum Oberlandesgerichtsrath bei dem Landesgerichte in Klagenfurt und die Landesgerichtsräthe Ulrich Lininger in Graz, Karl Glass in Klagenfurt und Johann Brolich in Laibach zu Räthen des steiermärk. train. Oberlandesgerichtes allernädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 17. October d. J. die bei der Landesregierung für Krain erledigte erste Regierungsratsstelle den Titularstatthaltereirath bei der nied. österr. Statthalterei Lothar Fürsten v. Metternich-Winneburg allernädigst zu verleihen geruht.

Am 18. October 1867 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das LII. Stück des Reichsgesetzesblattes ausgegeben und verlesen.

Daselbe enthält unter Nr. 125 den Erlass des Finanzministeriums vom 7. October 1867, betreffend die Bezeichnung der künftig zur Gebührenabrechnung für ausgeführten Zucker berufenen Cassen; Nr. 126 die kaiserliche Verordnung vom 16. October 1867, womit die zeitweilig verfügte Suspension der beiden Gesetze vom 27. October 1862, Nr. 87 und 88 des Reichsgesetzesblattes, in den nachbenannten Landesteilen von Tirol wieder außer Wirkung gesetzt wird. (Br. Btg. Nr. 248 v. 18. October.)

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 20. October.

Die Situation des Augenblicks

wird in einer Wiener Correspondenz der „A. A. Btg.“ von einer offenbar mit unseren Verhältnissen sehr vertrauten Seite in so treffender Weise geschildert, und es enthält der Artikel so viele beherzigenswerthe Wahrheiten, daß wir es uns nicht versagen können, denselben unseren Lesern vollinhaltlich mitzutheilen.

Nach allen concordatlichen und anticoncordatlichen Demonstrationen und Aufregungen der letzten Wochen tritt offiziell Klärung in der Auffassung ein. Die Macht der Thatsachen bricht sich Raum, das „Aufeinanderplatzen der Geister“ muß und wird seine Folgen haben. Die Revision der Februarverfassung, die endlich im Abgeordnetenhaus mit Ernst und Würde begonnen hat, schafft den öffentlichen Rechtszuständen eine neue, freiheitliche Grundlage. Wie eingreifend sie auch sei, wie sehr sie die Freiheit der Individuen, so bürgerlich wie geistig und kirchlich, verbürgt; wie sie auch dem parlamentarischen Prinzip durch die Anforderung der jährlich zu erneuernden Steuer- und Rekrutenbewilligung Kraft und Nachhaltigkeit zuführe, die Regierung wird darin lediglich Mittel zur Verjüngung Österreichs erkennen. Die Minister, welche die Ehre haben, zugleich Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu sein, werden — wie wir zu versichern in der Lage sind — in diesen großen Prinzipien fragen ihr Votum offen für solche vitale Fortschritte abgeben. Der Ausgleich mit Ungarn heißt mit strenger Consequenz die Herstellung einer nicht nur quantitativen, sondern auch qualitativen Parität, macht es (in höherem Sinn) zur gouvernementalen Notwendigkeit, daß im ganzen und wesentlichen die Repräsentativkörper beider Reichshälften mit gleicher Autorität, die Bevölkerungen mit analogen freiheitlichen Institutionen ausgestattet seien. Ist die dualistische Regierungsform an und für sich eine schwierige, so müssen Staatsmänner, wie die, denen vorzugsweise die Vollendung des bisher so glücklich geführten Werkes obliegt, um so mehr darauf bedacht sein, ein Ebenmaß in Freiheit und constitutionellen Institutionen herzustellen.

Es ist aller Grund vorhanden anzunehmen, daß auch das Herrenhaus in seiner Mehrheit dieser Einsicht nicht verschließt, und den von den Ministern unterstützten Verfassungsbills des Unterhauses in ihrer Weisheit seine Zustimmung ertheilen wird. Ist dann, und zwar in kürzester Zeit, das Verfassungsgebäude unter Dach gebracht, mit soliden Fundamenten versehen, durch die Sanction des Souveräns zu den neuen Grundbestimmungen verbürgt, so muß — in weiterer unabsehlicher Folge — das Cabinet durch hervorragende Capitäten der Kammermehrheit verstärkt werden. Daz mit den hiedurch ins Leben getretenen staatsrechtlichen Prinzipien, mit den die Garantie ihres Bestandes in sich

selbst tragenden Institutionen wesentliche Bestimmungen des Concordats, wie die über die Competenz in Ehe- und Unterrichtsangelegenheiten, nicht Bestand haben können, ist offenbar. Ein mit der Majorität geeintes Ministerium wird die Unmöglichkeit einer Coexistenz der betreffenden Concordatsbestimmungen mit den neueren Institutionen und Freiheiten, sowie die noch augenfällige Unthunlichkeit, die letzteren abzuschwächen oder gar rückgängig zu machen, mit allem Nachdruck bei der Curie gestend machen können. Sollte es wider Erwarten dort nicht gehört, sollten seine Vorschläge nicht beachtet werden, so würde es nach allen Seiten in der Lage sein, selbstständig Hand in Hand mit der Legislative vorzuschreiten, als gerechtsertigt und berechtigt dazu sich auszuweisen. Kampfbegierig mögen Truppen verlangen, augenblicklich zum Sturm auf eine Festung geführt zu werden; der einsichtsvolle General wird sich dadurch nicht abhalten lassen, zuerst seine Positionen einzunehmen, seine Artillerie aufzustellen, sein Geniecorps mit den nötigen Arbeiten zu beauftragen. Im Endziel einverstanden mit der unzweifelhaften Mehrheit des Abgeordnetenhauses auch in dieser brennenden Frage, ist die Behandlung derselben für die Regierung eine Aufgabe der Taktik, welche nicht mit Ungeflügel, sondern mit besonnener Ruhe und in richtiger Reihenfolge der Mittel gelöst werden muß. Auch der liberalen Sache in Österreich, wie unserm geprüften Land überhaupt, gilt der Warnungsruf eines großen französischen Parlamentsredners: „Wir dürfen keinen Fehler mehr begehen.“

11. Sitzung des Herrenhauses vom 18. October.

Auf der Ministerbank: Ihre Exellenzen die Herren Minister: Freiherr v. Becke, Graf Taaffe, Freiherr v. John und Ministerialrath Distler (Fin. Min.).

Die Sitzung wird unter Vorsitz Sr. Durchlaucht des Fürsten K. Aueršperg um 11 Uhr 50 Minuten eröffnet.

Schriftführer Ministerialrath Aubin verliest das Protokoll der letzten Sitzung, welches genehmigt wird.

Präsident theilt mit, daß die Commission für das Wehrgezetz sich constituiert und den Feldmarschall Freiherrn v. Heß zum Obmann, den F. M. Grafen Mensoff zum Obmannstellvertreter gewählt habe.

Schriftführer Sectionschef v. Hofmann verliest den Einlauf.

Das Abgeordnetenhaus theilt in einer Zuschrift den von demselben gefaßten Beschluß bezüglich der Anwendung des Gesetzes vom 30. Juli 1867 auf die Behandlung des Strafgesetzentwurfes mit.

Über Antrag des Präsidenten wird dieser Gegenstand als dringlich erkannt und der Justizcommission mit dem Bedenken zugewiesen, in der morgigen Sitzung darüber Bericht zu erstatten.

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Erster Gegenstand ist der Bericht der Finanzcommission über den Gesetzentwurf betreffs der zeitweiligen Steuerbefreiung der Neu-, Um- und Zubauten.

Berichterstatter Freih. v. Höck verliest den Bericht.

Die Commission beantragt, das hohe Haus wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf (wie er aus der Anerkennung des Abgeordnetenhauses hervorgegangen) die Zustimmung ertheilen und die weitere geschäftsordnungsmäßige Behandlung veranlassen.

In der Generaldebatte meldet sich niemand zum Wort, es wird folglich zur Specialdebatte geschritten und werden die einzelnen Paragraphen ohne Debatte angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der politischen Commission, betreffend den Gesetzentwurf über das Vereinsrecht.

Berichterstatter ist Ritter v. Hasner. Die Commission beantragt:

Das h. Haus wolle dem Gesetzentwurf über das Vereinsrecht in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung seine Zustimmung ertheilen.

Präsident eröffnet die Generaldebatte.

Se. Exellenz Minister des Innern Graf Taaffe: Alle Vertretungskörper der Zeitzeit haben sich für eine zeitgemäße und gesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes ausgesprochen.

Das h. Herrenhaus wird sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß eine Reform auf diesem Gebiete dringendes Bedürfnis sei. Das bisherige Vereinsgesetz enthält das absolute Verbot jeder politischen Versammlung.

Bei der gegenwärtigen Entwicklung des öffentlichen Lebens kann eine solche Bestimmung nicht festgehalten werden. Das bisher vorhandene Erforderniß der staatlichen Genehmigung der Statuten auch der allergeringsten Vereine und jeder Änderung ihrer Statuten muß eine Verzögerung in dem Vereinsleben nach sich ziehen und überhaupt die Behörden mit einer Reihe mühevoller Geschäfte, welche der Regierung eigentlich ganz ferne stehen. Der vorliegende Gesetzentwurf bietet ausreichende Garantien gegen eventuelle Ausschreitungen, und deshalb empfiehle ich dem h. Hause die Annahme desselben.

Es wird zur Specialdebatte geschritten und werden die einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfes ohne Debatte angenommen.

Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der politischen Commission, betreffend den Gesetzentwurf über das Versammlungsrecht.

Berichterstatter Ritter v. Hasner verliest den Bericht.

Die Commission ist der Fassung des Abgeordnetenhauses beigetreten, hat aber eine Änderung des § 4 für nothwendig erachtet.

Nach der Fassung des Abgeordnetenhauses lautet dieser Paragraph:

„Versammlungen der Wähler zur Wahlsprechungen, dann zu Besprechungen mit den gewählten Abgeordneten sind jederzeit von den Bestimmungen dieses Gesetzes ausgenommen.“

Die Commission beantragt das Wort „jederzeit“ wegzulassen und dafür am Schlusse folgenden Zusatz zu machen: „wenn sie zur Zeit der ausgeschriebenen Wahlen und nicht unter freiem Himmel vorgenommen werden.“

Im Uebrigen beantragt die Commission die Annahme des Gesetzentwurfes.

Präsident eröffnet die Generaldebatte.

Se. Exellenz Minister des Innern Graf Taaffe ergreift das Wort, um die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes zu empfehlen, worauf zur Specialdebatte geschritten wird.

Der Gesetzentwurf wird nach dem Commissionsantrage angenommen und hierauf die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen.

39. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 17. October.

Auf der Ministerbank: Se. Exellenz der Herr Minister Graf Taaffe.

Präsident Dr. Gisra eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 40 Min.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Präsident Dr. Gisra erhebt sich vom Sitz (ebenso die Abgeordneten) und richtet folgende Ansprache an die Versammlung: „Die „Wiener Zeitung“ bringt heute in ihrem offiziellen Theil ein allerhöchstes Handschreiben Sr. Majestät. Es ist in demselben der Ueberzeugung Sr. Majestät des Kaisers Ausdruck gegeben, daß fortan der Constitutionalismus in Österreich herrschen soll und daß alle gegen denselben gerichteten Wege, woher immer sie ihren Ausgang finden, niemanden zum Ziele führen sollen.“

Es ist in demselben ausgesprochen, daß in Österreich nicht blos die Gewissensfreiheit eine sichere Stätte finden, sondern auch der religiöse Friede herrschen soll (lebhafte Beifall), und daß unter Beachtung der heiligsten Interessen der Bevölkerung doch auch die wichtigsten Belange des Staates fernerhin sicheren Schutz und Schirm finden werden. Huldigen wir diesem neuernlichen Act kaiserlicher Weisheit und Gerechtigkeit, welcher in den Herzen der Bewohner Österreichs den freudigsten Widerhall finden wird, durch ein Hoch unserm Kaiser!

Das ganze Haus bringt ein viermal wiederholtes stürmisches Hoch Sr. Majestät dem Kaiser.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen (darunter befinden sich 11 Petitionen um Aufhebung des Concordats).

Die Versammlung beschließt mit großer Majorität, daß der Bericht der Petitionscommission über den Lemberger Mortarafall erst nach der Bestimmung der Tagesordnung und nicht sofort erstattet werden soll.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzes über die Revision der Februar-Verfassung. Die Abstimmung ergibt kein sicheres Resultat, es ertönen Rufe nach namentlicher Abstimmung, welchen der Präsident Folge gibt.

Das Resultat ist, daß die Verfassung mit 119 gegen 46 Stimmen angenommen ist.

Für die Verfassung stimmen die ganze Linke und das ganze Centrum mit Ausnahme von Hanisch, Mühlfeld und Skene, ferner alle Bülowinaer, dann von den Slovenen Klun, Svetec und Lippold, der Ruthene Guszalewitz, endlich der Minister Graf Taaffe.

Gegen die Verfassung stimmten die Polen, die Tiroler Degara, Giovanelli, Greuter, Jäger, Planer, Pockstaller und Wiesler, ferner die Slovenen Graf Barbo, Pintar und Toman, endlich die Abg. Ljubiffa und Černe.

Während die Stimmen gezählt werden, erscheint Se. Exc. der Reichskanzler Freiherr v. Beust im Hause.

Die Bekündigung des Resultats der Abstimmung wird von der Linke mit Bravorufen aufgenommen.

Dr. Mühlfeld erstattet für den Strafgesetzausschuss Bericht über die Anwendung des Gesetzes über die Behandlung umfangreicher Gesetzesvorlagen auf den Strafgesetzentwurf.

Der Ausschuss beantragt, dem Vorschlage der Regierung auch bezüglich der Strafprozeßordnung Folge zu geben, so daß der Strafgesetzausschuss, durch sechs Mitglieder verstärkt, auch nach Schluß der Session seine Berathungen fortsetzen solle.

Dr. Rechbauer spricht gegen die Verstärkung des Ausschusses und gegen die Überweisung der Strafprozeßordnung an denselben.

(Der Justizminister Herr v. Hye tritt in's Haus und übergibt dem Minister des Innern Grafen Taaffe eine Depeche.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen, jedoch die Verstärkung des Ausschusses und die Überweisung der Strafprozeßordnung abgelehnt.

Es erfolgt der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über Petitionen in Betreff des Pinzirungsgesetzes, den Dr. Klun erstattet.

Die Petitionen werden dem Finanzministerium übermittelt, und dieses aufgefordert, das Pinzirungsgesetz einer Revision zu unterziehen und noch in dieser Session eine Vorlage zu unterbreiten — nachdem Dr. Figuly, Dr. Berger, Froschauer und Dr. Stieger dies befürwortet.

Dr. Figuly berichtet für die Petitionscommission über die Lemberger Mortara-Affaire.

Die Minister seien zu ersuchen, es solle die Verfügung getroffen werden, daß die Sarah Radamski dem Vater aus dem Kloster zurückgebracht und an einen entsprechenden Aufenthaltsort gebracht werde, und Befehl an die competente Behörde, die gesetzliche Amtshandlung einzuleiten.

Der Justizminister Herr v. Hye erkennt es an, daß die Sache als in die Executive gehörend anerkannt wurde. Jetzt wird es schwer sein, vor der Kenntniß der Sachlage die Verfügung zu treffen, die Tochter dem Vater zurückzugeben, weil das in Rechtskraft bestehende Gesetz dies verhindert.

Eine kaiserliche Entschließung vom 8. Mai 1838 bewilligt den Ländern die Taufe von jüdischen Kindern zwischen 7 und 14 Jahren zu gestatten, wenn dieselbe mit freiem Willen erfolgt. Man folgerte weiter daraus, daß die Taufe älterer als 14jähriger Kinder selbst gegen den Willen erfolgen könne. Es konnte daher jetzt nur geantwortet werden, die Taufe vorderhand zu verhindern und dem Vater Gelegenheit zu geben, mit der Tochter Rücksprache zu nehmen.

Der Wahrheit sei er schuldig, noch zu erklären, daß er auf seine Anfragen von der galizischen Statthalterei die Antwort erhielt, die Taufe sei verhindert worden, nur das Ergebnis der Erhebung der Umstände sei noch nicht hieher gemeldet.

Der Statthalter sei bereits seit fünf Wochen auf einer Amtstreise, und er müsse offen sagen, der Statthalter wäre der Lezte, hier nicht seine Pflicht mit allem Eifer zu erfüllen. Beweis dessen das Telegramm, das er noch gestern erhalten, obgleich er den Statthalter nicht angewiesen, telegraphisch zu antworten.

Das Telegramm des Grafen Goluchowski von gestern Abends, 9 Uhr, lautet: „Die Aufforderung bezüglich Sarah Radamski erhalten. Einleitung getroffen. Bericht morgen.“

Vice-Präsident Biemialkowski zeigt, daß der Statthalter von Galizien nicht in der Lage sei, den Antrag des Petitionsausschusses zu vollziehen.

Justizminister Ritter v. Hye verwahrt sich feierlich gegen den bezüglich des Grafen Goluchowski gemachten Vorwurf.

Abg. Pratobevera kann sich mit der vom Ausschusse vorgebrachten Formulierung des Antrages nicht einverstanden erklären; denn dieselbe scheine geradezu ein Angriff auf die Executive zu sein. Er glaube nicht, daß das Haus, wenn es seine Aufgabe vor Augen halte, gut daran thue, bei einem einzelnen Falle in die Details der eventuellen Verfügung, welche von der Regierung gewürdigt werden, einzugehen.

Redner beantragt, das Haus möge beschließen, diese Petition ist mit der Aufforderung an die Regierung zu überweisen, unverweilt und energisch der Beschwerde Abhilfe zu schaffen unter Beseitigung und Ahndung jeder vorgefallenen Ungesetzlichkeit oder Saumseligkeit.

Der Antrag ist im Centrum und auf der Rechten unterstützt.

Abg. Mühlfeld: Der Petitionsausschuss hat nur das Verhältniß zwischen Vater und Kind, die Entweichung des Kindes aus dem elterlichen Hause und die Unterbringung, ja Gefangenhaltung im Kloster, insofern als man dem Vater eine Einflussnahme auf das Kind entzieht, im Auge gehabt. Das sind Handlungen, die sich unter allen Umständen als widerrechtlich darstellen und durch die Behörden beseitigt werden müssen.

Abg. Kuranda erzählt einen Fall, der sich im Winter 1864/5 in Galizien zutrug, ohne Abhilfe zu finden, und der jenem des Radamski ganz gleich ist, und beruft sich auf das heute verlebene allerh. Handschreiben, in dessen Geiste gehandelt werden müsse.

Justizminister Ritter v. Hye: Ich habe in diesem Augenblicke ein weiteres Telegramm von dem Statthalter erhalten, aufgegeben 11 Uhr, heute Vormittags. (liest):

„Statthalter von Galizien an Minister Hye!“

Taufspirantin Chaie Sarah Radamski nach Entwendung von Gold und Effecten in das hiesige Benediktinerinnenkloster geflüchtet.

Keine Inzichten einer Entführung.

Polizeidirection über Anzeige des Vaters sogleich eingeschritten, die entwendeten Effecten wurden vom Gericht gleich abgenommen, wegen Diebstahls Untersuchung im Zuge.

Geburtschein bisher nicht gefunden; nach dem Volkszählungsbuche geboren im Jahre 1848.

Die Sichtung des Tautates bereits veranlaßt.

Die Erhebungen wegen Sicherstellung des Alters bereits eingeleitet, über analogen Fall in Biala nichts bekannt.“

Abg. Schindler spricht für den Ausschuszantrag. Er sagt unter anderem: Als der Orden der Jesuiten durch jenen berühmten Papst aufgehoben war, hat er sich zuerst wieder in Mittel-Europa festgesetzt und seine Spinnensäden ausgespannt; es war in Polen (Abg. Sawczinsky meldet sich zum Wort), wie es uns die Geschichte nachweist. Es ist ganz richtig, daß der gegenwärtige Statthalter von Polen große Energie besitzt, und wenn er sich gegenwärtig auf einer Rundreise befindet, so wird es ihm möglich sein, diese Energie auf seinen Amtssitz rückwirken zu lassen. Ich weiß nicht, wie es kam, daß man betont, daß der Vice-Präsident ein Deutscher ist; in der Regel sind die Deutschen diejenigen, denen alle Confessionen gleich sind (lebhafter Beifall links), und welche auf keine Weise irgend jemanden mit geringerer Gerechtigkeit behandeln, wenn dieselbe Confession auch mit einem andern Volkstamm zusammenfällt.

Abg. Dr. Landesberger spricht für den Ausschuszantrag, indem er für den Statthalter eintritt.

Abg. Dr. Zyblikiewicz: Ich fühle mich zum Dank gegen das Haus veranlaßt, weil es uns heute den Beweis liefert hat, daß es Beschwerden Galiziens nicht mehr so leichtfertig behandeln will, wie es in früherer Zeit der Fall war. (Beifall rechts.) Zur Sache übergehend, will der Redner die Abgeordneten Kuranda und Schindler über die in Galizien herrschende Toleranz beruhigen. Als ganz Europa in Religionskriegen sich mit Blut befleckte, war in Polen allein kein Krieg, und als ganz Europa die Juden vertrieb, gewährte ihnen Polen allein Schutz. Hier beschäftigt man sich mit dem Concordat, bei uns in Galizien gibt es keine Concordatsfrage. Ich weiß nicht, wann es in Galizien eingeführt wurde, wir werden nicht fühlen, ob es wird aufgehoben werden. Der einzige Unterschied, welcher bestehen wird, wird die Aufhebung der geistlichen Ehegerichtsbarkeit sein. Redner sucht den Statthalter Galizien zu rechtfertigen. Die Anträge des Ausschusses seien durchaus nicht gerechtfertigt, was Redner zu beweisen sucht.

Abg. Dr. Berger stimmt mit dem Vorredner in Bezug auf die Prämissen, nicht aber in Bezug auf die daraus gezogenen Consequenzen überein. Ohne das neueste Telegramm des Justizministers hätten wir für die Ausschussträge nur mit der Verlausulirung stimmen dürfen, daß der Thatbestand auch richtig sei. Dieses Telegramm des Statthalters aber, welches alle Nebenpunkte berührend, den Hauptpunkt, nämlich die Wiedereinsetzung der väterlichen Gewalt in ihre Rechte, umgeht, ist eine genügende Bescheinigung des Thatbestandes. Dagegen möchte ich Sie bitten, für Punkt 2 und 3 des Ausschusstrages nicht zu stimmen. Im Punkt 2 soll der Regierung empfohlen werden, daß sie den Behörden die strengste Handhabung der Gesetze empfehle und im Punkt 3 soll die Regierung aufgefordert werden, sich schleunigst Bericht erstatten zu lassen. Auf mich macht das den Eindruck, als ob man der Regierung Unterricht in den Anfangsgründen der Regierungskunst ertheilen wollte. (Heiterkeit.) Als ob die Regierung jetzt erst durch uns erfahren soll, daß sie die Gesetze streng zu handhaben hat. Oder sollen vielleicht die Behörden erfahren, daß man etwas erst der Regierung auftragen muß, damit es den Behörden aufgetragen werden kann.

Abg. Sawczinsky erklärt die Behauptung Schindlers, daß die aufgehobenen Jesuiten nach Polen ihre Zuflucht nahmen, für historisch unrichtig, und citirt die Worte des Dichters, daß man nicht Thatsachen anfüre „mit kühner Brust, von denen man so viel gewußt, wie Faust von Herrn Schwertlein's Tod.“

Abg. Mühlfeld will den Antrag des Petitionsausschusses gerade mit Rücksicht auf das letzte Telegramm unterstützen.

Der Antrag auf Schluß der Debatte mit Vorbehalt des Wortes für die als Redner eingetragenen Abg. Schindler und Pratobevera wird angenommen.

Abg. Schindler: Ich möchte doch bezüglich des oft genannten Statthalters von Galizien erwähnen, daß es sich um seine Person gar nicht handelt und nur die Ausführungen Sr. Excellenz des Herrn Justizministers von gestern den Namen und die Amtswirksamkeit dieses Herrn etwas in den Vordergrund gerückt haben. Der Herr Statthalter hat ein großes Lob von jener Seite geerntet, und jene Seite wird wissen, warum sie daselbe gespendet hat. Der verehrte Abgeordnete Herr Dr. Landesberger hat ihn auch gelobt und dabei erzählt, daß sich solche Fälle, wie der gegenwärtige, in neuerer Zeit häufen. (Große Heiterkeit.)

Was aber die Zurechtweisung betrifft, welche ich von der gegnerischen Seite erhalten habe, so muß ich sie mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Sie ist ganz und gar unrichtig, und die Geschichte wird es beweisen, daß ich und nicht meine Gegner, Recht habe. (Unruhe und Widerspruch rechts.) Nicht nur, daß die Jesuiten in dem damaligen Königreiche Polen Zuflucht gefunden haben, auch in Oesterl.-Galizien haben sie vor allen anderen Provinzen Zuflucht gefunden, und haben damals die philosophische Lehranstalt in Tarnopol gegründet, und das ist wahr, und wenn auch Schwertlein und seine mehr geschwätzige als gelehrte Garde noch lebten. (Große Heiterkeit.)

Abg. Freiherr Pratobevera: Ich habe mir nochmals, und zwar zu nur ganz kurzen und wenigen Bemerkungen das Wort erbeten. Es ist leider das zweite mal, daß ich in diesem Hause einer Ansicht entgegentrete, die ein geehrter Abgeordneter vertritt, mit dessen Rechte zu messen ich mir nicht anmaße. Aber Eines muß ich ihm auch zum zweiten male erwidern, weil es zum zweiten male wiedergekehrt. Er sagt (sehr erregt und den Vortrag Mühlfeld's imitirend): „Nehmen Sie den Antrag des Petitionsausschusses an, nur in diesem liegt Kraft und Muth!“ (Große Unruhe.) Ich frage, liegt darin keine Kraft und Muth, wenn man dem Hause anrath, sich seine Competenz gegenwärtig zu halten und von der Regierung zu fordern, daß sie mit aller Energie unverweilt Abhilfe treffe?

Worin unterscheidet sich dieser Antrag von dem des Petitionsausschusses? Daß er sagt: „Gebet dem Vater das Kind zurück.“ Ich glaube, die einzige mögliche Abhilfe liegt eben im Zurückgeben, und da ich der Regierung nicht spezifische Maßregeln vorschreiben, sondern im allgemeinen die Abhilfe zur Pflicht machen wollte, so stellte ich meinen Antrag.

Ich verbiete mir also für die Zukunft ähnliche Angriffe. Ich glaube, meine Anträge beruhen ebenso auf Kraft und Muth, wenn ich sie auch nicht so heraus schreien kann, wie der Vorredner. (Beifall rechts. Große Unruhe. Zeichen des Mißfallens auf den Galerien.)

Präsident: Ich muß die Galerien ersuchen, sich jeder Beifalls- und Mißfalls-Ausübung zu enthalten, sonst wäre ich in der unangenehmen Lage, sie räumen lassen zu müssen.

Abg. Dr. Mühlfeld: Ich bitte um's Wort zu einer persönlichen Bemerkung. (Große Unruhe. Rufe: Der Schluß der Debatte ist schon angenommen.)

Präsident: Es gibt keine Debatte mehr, nur zu einer persönlichen Bemerkung ist nach der Gepflogenheit des Hauses noch das Wort gestattet. Herr Dr. Mühlfeld hat zu einer persönlichen Bemerkung das Wort.

Abg. Dr. Mühlfeld: Ich bitte, daß das hohe Ministerium mir die Belehrung ertheile, ob ich mir diese Methode, gegen mich mittelst Parodien und Wiederholungen zu sprechen, gefallen lassen muß.

Präsident: Es ist das Präsidiump wohl nicht in der Lage, jemanden den Ton seiner Stimme vorzuschreiben und diesfalls auf ein gewisses Maß hinzudenken, es ist aber ebenso wenig in der Lage, wenn jemand über die Heftigkeit des Tones sich verletzt fühlt, ihm zu wehren, in entsprechender Weise eine Abwehr vorzunehmen. Ich glaube, Herr v. Mühlfeld hatte nicht die Intention, das Haus gegen den Antrag des Herrn Baron Pratobevera einzuschüchtern und ich glaube, Herr Pratobevera hatte nicht die Absicht, Herrn Dr. Mühlfeld damit zu beleidigen.

Berichterstatter Dr. Figuly bemerkt, diese beiden sich entgegenstehenden Anträge haben dieselbe Tendenz und sind nur formell verschieden. Weder mit dem einen noch mit dem andern wird übrigens in die Executive der Regierung eingegriffen.

Es wird zur Abstimmung geschritten und hiebei der Antrag des Abg. Pratobevera mit 84 gegen 56 Stimmen angenommen. (Dafür die Rechte, das rechte Centrum, einige Mitglieder des linken Centrums. Bravo, rechts.)

In der weiteren Sitzung wurden noch mehrere Petitionen erledigt.

Der Präsident schlägt als nächsten Sitzungstag Montag den 21. d. M. vor, mit folgender Tagesordnung:

1. Die heute unerledigt gebliebenen Berichte des Petitionsausschusses.

2. Bericht des Kriegeschaden-Ersatz-Ausschusses über einige ihm zugewiesenen Petitionen.

3. Von den Anträgen des confessionellen Ausschusses, das Schulgesetz, und zwar deshalb, weil von den 60 ein-

gelaufenen Petitionen mehr als zwei Drittel sich auf die Trennung der Schule von der Kirche beziehen.

Abg. Dr. Herbst wünscht, daß das Ehegesetz früher auf die Tagesordnung gestellt werde, denn hier handelt es sich um ein ganz einfaches Prinzip, ob weltliches oder kirchliches Recht in Ehesachen gelten soll. Die hochwichtige Frage des Concordates soll eben ohne Vermengung mit anderen Prinzipien zur Berathung gelangen, und das ist nur dann der Fall, wenn das Ehegesetz zuerst zur Berathung kommt.

Abg. Zyblikiwicz stellt den Antrag, das Schulgesetz früher vorzunehmen.

Das Haus erklärt sich jedoch für den Antrag Herbst. (Dafür die Linke, linkes Centrum, einige Mitglieder des rechten Centrums.)

Abg. Rechbauer wünscht das Ehegesetz vor dem Berichte des Petitionsausschusses gesetzt.

Das Haus erklärt sich gegen diesen Wunsch, und wird die Tagesordnung festgesetzt.

ÖSTERREICH.

Pest, 18. October. (In der heutigen Sitzung der Deputirtenstafel) wurde eine amtliche Zuschrift des Causarundirectors verlesen, worin die Erlaubniß zur Einleitung eines Preßprozesses gegen den Abgeordneten Böszörmeny, als verantwortlichen Redakteur des „Magyar Ujsag“, nachgesucht wird. Sommisch beantragt die Drucklegung und Vertheilung der Zuschrift und Einsetzung einer Commission zur Berichterstattung. Tisza beantragt eine dreitägige Zwischenzeit zur Erwagung der Frage. Das Haus nahm beide Anträge an und es wurde die Angelegenheit für Dienstag auf die Tagesordnung gesetzt.

Agram, 18. October. (General Türr) ist heute von hier nach Florenz abgereist. Er conferirte mit den hervorragendsten Parteiführern und mit dem Stathalter über zwei Stunden und brachte bei dem letzten Diner einen Toast auf das dreieinige Königreich aus, nicht wie es gegenwärtig ist, sondern wie es in Gemeinschaft mit Ungarn zu sein wünscht.

— (Aus Djakowar) schreibt man dem „Kat. List.“, daß der Bau der dortigen Kathedrale rüstig fortschreitet und im künftigen Jahre vollendet werden dürfte. Seine Excellenz der Bischof Strohmayer hat während seines Aufenthaltes in Rom einen Contract mit dem berühmten Künstler Oberbeck abgeschlossen, der ihm die Cartons liefern wird, nach welchen die Fresco-Gemälde ausgeführt werden sollen. Die Cartons, 40 an der Zahl, werden auf 20.000 römische Thaler zu stehen kommen.

KUNST.

Berlin, 16. October. (Reichstagssitzung.) Ueber den Antrag Harkort's, welcher eine Untersuchung der Wasserstraßen des Nordbundes fordert, wurde die motivirte Tagesordnung beschlossen. Eine Petition ehemaliger schleswig-holsteinischer Offiziere um Pensionierung wurde dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung überwiesen, nachdem Graf Bismarck die Berechtigung der Petenten anerkannt und die Uebernahme der Pensionen durch den Nordbund als Nationalbeschluß in Aussicht gestellt hat. Eine Petition wegen Aufhebung der öffentlichen Spielbanken wurde einstimmig dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

— 18. October. (Reichstagssitzung.) Der Reichstag berieh das Bundeskriegsdienstgesetz. Paragraph 1 wurde mit zwei Amendements angenommen. Das erste hebt die Befreiung der Mennoniten von der Dienstpflicht auf und das zweite stellt fest, daß Nichtwehrfähige nur zu solchen Militär-Dienstleistungen herangezogen werden, welche ihrem bürgerlichen Berufe entsprechen. Ueber § 6, welcher die Regierung ermächtigt, zu den Uebungen und nothwendigen Verstärkungen oder Mobilmachungen die beurlaubten Reservisten einzuberufen, entstand eine längere Debatte. Die Linke beantragte die Streichung der Worte „nothwendige Verstärkungen“; Moltke und Moon befämpften den Antrag. Graf Bismarck erklärte, mit der Annahme dieses Antrages würde das ganze Gesetz fallen. Die Regierung werde im Frieden auch fernerhin nicht leichtfertig opfern, der Reichstag möge ihr aber die Schonung im Frieden nicht unmöglich machen, indem er Dinge gesetzlich reguliren will, über welche die Regierung im wohlverstandenen Interesse des Landes das freie Dispositionrecht behalten muß. Die beantragte Streichung wurde darauf abgelehnt und das ganze Gesetz paragraphenweise, theilweise nach dem Regierungsentwurf, theilweise in der Commissionssfassung, angenommen.

Stuttgart, 18. October. (Kammer.) Heute wurde die Abgeordnetenkammer eröffnet. Die Verträge mit Preußen werden erst nächste Woche verhandelt werden. Die Mehrheit der staatsrechtlichen Commission will die Ablehnung des Schutz- und Trutzbündnisses, die Minderheit die Annahme desselben.

Mannheim, 18. October. (Adresse.) Eine gestern Abends stattgefundene Versammlung der Mannheimer Bürger beschloß und unterzeichnete eine Zustimmungssadresse an den Wiener Gemeinderath anlässlich einer an den Kaiser gerichteten Adresse.

München, 18. October. (Die Abgeordnetenkammer) nahm den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Beschränkung des Zinsfußes mit 112 gegen 20 Stimmen an.

Köln, 17. October. (Niel.) Der Pariser Correspondent der „Köln. Ztg.“ meldet: Niel's Stellung ist wankend, der Kaiser drückte in einem Schreiben an ihn seine Unzufriedenheit aus, namentlich wegen seiner Provocation Italiens durch seinen Brief an den Obersten der Legion von Antibes.

Nom, 18. October. (Die Intervention. — Sieg.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Paris betrachtet man sowohl eine französische, als auch eine italienische Intervention als nahe bevorstehend. 2000 Garibaldir haben eine feste Stellung bei Napoläon eingenommen. Dieselbe wurde heute von den päpstlichen Truppen mit Sturm genommen. Man legt diesem Siege große Wichtigkeit bei. Orte wurde ohne Kampf wieder genommen.

Paris, 18. October. (Ultimatum. — Ministerrath. — Der päpstliche Nunzius.) Der „Temps“ erzählt, die französische Regierung habe ein Ultimatum nach Florenz übersendet, welches die Intervention als unvermeidlich ankündigt, wenn Italien nicht ernstlich den weiteren Zugang von Freiwilligen verhindert. Die italienische Antwort sollte im Laufe des heutigen Morgens eintreffen. — Die „Presse“ schreibt: Der Ministerrath hat gestern den Beschluß gefaßt, die vollständige Ausführung der Septemberconvention zu verlangen, widrigensfalls werde Frankreich in den römischen Staaten intervenieren. Es ging das Gerücht, daß die Minister Duruy und Lavalette in Folge dieses Beschlusses ihre Demission geben haben, die sie aber wieder zurückzogen. — Der päpstliche Nunzius hat heute dem Kaiser in St. Cloud einen Besuch abgestattet.

— (Levante post.) Durch den Lloydampfer „Aquila imperiale“ erhielt die „Tr. Ztg.“ die Levante post mit Nachrichten bis zum 12. d. M. Das amtliche Organ der Pforte veröffentlicht den Plan für die Verwaltungsreform, die in Kreta eingeführt werden soll. Derselbe unterscheidet sich nicht wesentlich von der Organisation, welche die Vilacts erhalten haben. Der Generalgouverneur soll ein Muselmann sein und zwei Räthe, einen Muselmann und einen Christen, zur Seite haben. Der „Lev. Her.“ zweifelt stark, daß der Großvezier damit seinen Zweck erreichen werde, trotz des Geldes und der Decorationen, die er nach Kreta mitgenommen. In Rumelien wurde die Aushebung von weiteren 50 Bataillons Redifs angeordnet. Die Pforte hat für jetzt die telegraphische Chiffencorrespondenz mit Italien verboten. Die Quarantäne gegen die österreichischen Dampfer wurde aufgehoben. Auf der Rhede von Smyrna befindet sich kein österreichisches Kriegsschiff mehr. Das Admiralschiff ist dieser Tage nach Samos abgegangen. — Die Nachrichten aus Kreta in griechischen Blättern gehen bis zum 10. October. Ali Pascha hat eine Proclamation veröffentlicht, wodurch die Wahl von vier Vertretern aus jeder Provinz angeordnet wird, welche mit den Organen der türkischen Regierung in Berathung über die einzuführenden Verwaltungsreformen zu treten haben. Die Kandidaten scheinen aber nicht geneigt, darauf einzugehen. Der Sitz der provisorischen Regierung ist gegenwärtig Basi in der Provinz Apokorona.

— (Ostindische Ueberlandpost.) Der Lloydampfer „Progreso“ brachte der „Tr. Ztg.“ die ostindische Ueberlandpost mit Nachrichten aus Bombay bis zum 28., Calcutta 23. Sept. Es heißt, die Regierung von Bombay habe die Leitung der abysinischen Expedition in ihre eigene Hand genommen und der Generalgouverneur Sir John Lawrence sich darauf beschränkt, dagegen zu protestieren. Der Vortrag hat Bombay bereits verlassen. Das ganze Expeditionscorps wird 14—15.000 Mann zählen, mit einem Train von 4—5000 Mann. Zum Transport sind 120.000 T. Schiffsraum erforderlich. In Bombay erhielt man Nachrichten von den Gefangenen in Magdallah bis zum 27. Juli; sie waren gesund. Die letzten Nachrichten aus dem Lager des Königs Theodorus reichen bis zum 11. Juli, zu welcher Zeit er sich in Debra Tabor befand. Er hatte erklärt, Herrn Nassam (den englischen Agenten) nicht freilassen zu wollen, wenn er nicht dazu gezwungen werde. Mehrere englisch-ostindische Blätter melden gerüchtweise, daß die Perser Herat besetzt haben. Aus Kabul wird berichtet, daß Schir Ali dem Vicekönig von Ostindien eine Allianz angeboten habe, „der jedoch seine gegen die Russen eingegangenen Verpflichtungen im Wege stehen.“ Afzul Khan konzentriert seine Streitkräfte in Kabul, und sein Nebenbuhler beabsichtigt vorzudringen, sobald die Cholera in jener Stadt nachgelassen. Die Seuche ist auch an der Mündung des Euphrat ausgebrochen und soll den berühmten Wallfahrtsort Kerbelah ebenfalls heimgesucht haben. Es heißt, daß die Russen Karscht, eine bedeutende Stadt nicht weit von Oxus besetzt haben. Der König von Bokhara hat sein Reich verlassen und ist zum Grabe des Schah-i Mardan Ali geflossen, von wo er neuerdings Unterhandlungen mit dem russischen Generalgouverneur anzuknüpfen trachtet. Mittlerweile soll in Bokhara selbst ein Aufstand gegen die Russen ausgebrochen sein. Von dem egyptischen Corps in Candia sind 6500 Mann zurückgekehrt; der eben so starke Rest soll in ein paar Wochen folgen.

Tagesneuigkeiten.

— (Zur Kaiserreise.) Aus Nancy wird gemeldet: Der Kaiser von Österreich wird von unseren städtischen Behörden eingeladen werden, auf seiner bevorstehenden Durchreise nach Paris, die Freundschaft einer alten Hauptstadt seiner Vorfahren nicht zu verschmähen. Man trifft Anstalten zu einem großen Ball, auf dem die Mitglieder der ersten und ältesten lothringischen Familien, der Tiquelmont, Trimon, Gondrecourt v. A., deren Ahnen vor mehr denn hundert Jahren am Hofe Franz Stephans I. und seiner Gemahlin Maria Theresia glänzten, erscheinen werden.

— (Großmuthige Spende.) In nordböhmischen Blättern lesen wir: Die Herren Großgrundbesitzer Ludwig Oppenheimer in Klein-Stal und Karl Unger in Klein-Rohosz haben am 6. d. M. zu gleichen Theilen die Summe von 1000 fl. in Nationalanlehen als Erinnerung an den Aufenthalt des Reichskanzlers Baron v. Beust in der hiesigen Gegend dem Kreisef zur Gründung eines Creditinstitutes für den kleinen Grundbesitz des Jungbunzlauer Kreises übergeben. Sie gingen dabei von dem richtigen Grundsache aus, daß unter den politischen Streitigkeiten die volkswirthschaftlichen Verhältnisse nicht leiden dürfen und daß solche Institute für die Zukunft unseres Bauernstandes und die Hebung unserer landwirthschaftlichen Zustände von der größten Wichtigkeit sind. Gewiß verdient diese edle That alle Anerkennung.

— (Der erste österreichische Seidenbau-Congress) hat am 17. in Wien seine Berathungen geschlossen. Diese resumiren sich dahin, daß der Seidenbau-Unterricht in den Volksschulen eingeschürt und die Regierung aufgefordert werden solle, Preise für die Hebung der Seidenzucht auszuschreiben, die bestehenden Seidenbauvereine zu subventioniren und nach Verlauf von einem oder zwei Jahren abermals einen Congres einzuberufen.

— (Cholera.) In Triest ist auch am 19. d. M. kein Cholerasall vorgetreten. In Behandlung 8.

Locales.

— (Ein Mißtrauensvotum) erhalten in der „Danica“ die beiden slovenischen Abgeordneten Herr Dr. Krun und Herr Lenček (Steirer), weil sie gegen das Concordat gestimmt haben.

— (Den Abbrandlern in Landstrah.) deren Notbrot groß ist, wurden durch einen ungenannten Wohlthäter durch Vermittlung des hochw. Herrn Karl Heidrich, Dom-sacristan in Laibach, hundert Gulden übersendet.

— (Verein der Aerzte.) Nächsten Samstag, d. i. am 26. d. M. findet eine wissenschaftliche Versammlung des „Vereins der Aerzte in Krain“ um halb 6 Uhr Abends im Musealocale desselben statt; das diesbezügliche Program lautet: A. innere Aerztsangelegenheiten; B. wissenschaftliche Vorträge. 1. Director Dr. Gregorius: über Lebersifilis; 2. Districtsphysicus Dr. Gaußer: Mittheilung aus der gerichtsärztlichen Praxis; 3. Professor Valenta: geburts- und gynäkologische Mittheilungen; 4. Dr. Reesbacher: demonstrativer Vortrag über ein auf der medicinischen Abtheilung vorgekommenes Aorten-Aneurysma.

— (Feuersbrunst.) In der Nacht vom 7. auf den 8. d. M. brach in Primstau über Krainburg Feuer aus, welches, durch den Wind begünstigt, in kurzer Zeit 13 Häuser und 1 Kloste verzehrte. Glücklicherweise ging kein Menschenleben und nur wenig Vieh verloren. Desto mehr Getreide, Kleidung, Viehfutter und andere Fahrzeuge wurden in Asche verwandelt. Vorw sind alle Abbrandler versichert, aber mit geringen Beträgen, welche zum Aufbau nicht hinreichen werden, womit sollen sie aber sich und ihr Vieh ernähren? — Es muß besonders die menschenfreundliche Handlung des Herrn Baron Bois, Herrschaftsbesitzers von Egg, erwähnt werden, welcher den Abbrandlern nicht nur 100 Gulden im Bare, sondern eine große Fuhre Sagriegel und außerdem jedem eine Fuhre Holz spendete.

— (Diseases anänderungen.) Herr Michael Gogala erhielt die Pfarrer Öhliz. Herr Josef Grablovice, Pfarrer in St. Barthelma, starb am 13. d. M. Die Pfarrer ist am 15. d. M. ausgeschrieben worden. Ueberseht und ernannt wurden die Herren: Anton Domicelj aus Altenmarkt bei Pöllau nach St. Marein, dahin Karl Hofer aus Heil.-Kreuz bei Landstrah und nach Heil.-Kreuz Dr. J. Rogac aus Gutenfeld; Franz Uranki wurde zum ersten Cooperator in Ischernembl ernannt und zum zweiten: Johann Karet, neu ausgewählt. Nach Wochein-Teistiz kommt Herr Heinrich Dejat aus Ratschach und dahin Herr Jakob Grosselj, neu ausgewählt. Nach Pöllau bei Lach Herr Johann Besel aus Adelsberg und dahin als Katechet und Cooperator Herr Johann Kosmeli, neu ausgewählt. Herr Mathias Kubelj nach Michelstätten aus Rudolfswerth und dahin Herr Franz Kunzelj, neu ausgewählt, als Vicar. Herr Josef Widmar aus Lach nach Idöndig und nach Lach Herr Anton Mandelc, neu ausgewählt; Herr Johann Virant neu ausgewählt, nach Dornegg als Frühmesser. — In das Görzer Priesterhaus wurden als Externen aufgenommen die Krainer: Jakob Papler, Franz Vidic, Bartholomäus Pogačnik, Ignaz Fabiani.

— (Theater.) Vorgestern gingen bei gut besuchtem Hause drei Kleinigkeiten in Scene, die das Publicum bis zum Schluß in guter Laune erhielten. In den „Eiserne“ das recht gut von statten ging, lernten wir Herrn Kraft (Weise) von einer ganz hübschen Seite kennen. Sehr wirt-

sam war die Eisensichtsscene am Schlusse. In der Parodie „Im blauen Frad“ sprachen Herr Müller (Rochus) und Fr. Podhorsky-Keller (Thetla) besonders an, ersterer entwickelte eine unverstehliche Komik, auch Herr Rosenberg (Themistolles) und Herr Axt (Hühnerbrei) waren ganz ergötzlich. Nestroy's „schlimme Buben“ fanden ein sehr dankbares Publicum. Herr Müller als Willibald war die Seele des Ganzen und wurde für sein höchst amüsantes Spiel mit verdientem Beifall belohnt.

— (Schlußverhandlungen) beim k. k. Landesgerichte in Laibach. Am 23. October. Valentin Nosmann: Notzucht 2c.; Johann Sedla: schwere körperliche Beschädigung. — Am 24. October. Martin Lec: Brandlegung; Johann Gačnik: schwere körperliche Beschädigung. — Am 25. October. Franz Blate: schwere körperliche Beschädigung; Andreas Net jun.: schwere körperliche Beschädigung; Johann Knific, Johann Smerzlak und Maria Gorjanc: Diebstahl und Theilnehmung; Felix Mlezak und Johann Eggengerger: Diebstahl.

Neneste Post.

Wien, 19. October. Verlässlichen Nachrichten aus Italien zufolge, die der „N. Fr. Pr.“ in vorgerückter Nachtstunde zukommen, hat vorgestern in Florenz unter dem Vorsitze des Königs ein Ministerrath stattgefunden, dem zahlreiche militärische Notabilitäten beiwohnten. Das Commando über sämtliche an der Grenze des Kirchenstaates stehende italienische Truppen soll dem Prinzen Humbert übertragen worden sein. Am heutigen Tage sollten die italienischen Truppen die Grenzen des Kirchenstaates überschreiten und direct auf Rom losmarschiren. Zwei Divisionen unter dem Befehle General Riccotti's waren dazu bestimmt, und hat dieser General die Weisung, die Stadt, mit Ausnahme des Leoninischen Theiles derselben (Trastevere), wo der Vatican liegt, zu besetzen. Der Papst wird Rom nicht verlassen und Trastevere soll ihm als Freigebiet überlassen bleiben. Dahin gingen die bis vorgestern Abends von der italienischen Regierung getroffenen Dispositionen. Auch war das seltsame Gerücht verbreitet, Cardinal Antonelli sei in der Nacht vom 16. auf den 17. in Florenz gewesen, habe mit Rattazzi und dem Könige einige Stunden conseriert und sei dann wieder mit Extrazug nach Rom zurückgekehrt.

Die „W. Ztg.“ schreibt: Den Inhalt einer von mehreren Wiener Abendblättern reproduzierten Berliner Correspondenz der „Times“ über die Monarchenzusammenkunft in Salzburg und angebliche Verhandlungen, die dabei stattgefunden haben sollen, sind wir in der Lage als vom Anfang bis zum Ende auf einer Erfüllung beruhend zu bezeichnen.

Telegramme.

Pest, 19. October. Die neun Abtheilungen der Deputirtentafel haben hente die Vorberathungen über die Finanzvorlagen begonnen, wobei zunächst die Vorlagen bezüglich der Quote zur Verlesung gelangten. Morgen werden die Vorberathungen fortgesetzt.

Berlin, 19. October. (Reichstagssitzung.) Der Reichstag nahm das Bundespostgesetz mit einigen Amendements, deren eines die Erweiterung der Postdienststunden und der Briefbestellung an Sonn- und Feiertagen, ein anderes die Unvergleichlichkeit des Briefgeheimnisses fordert, paragrapheweise an; die Totalabstimmung erfolgt Montag. Das Kriegsdienst- und das Coalitionsgegesetzen wurden definitiv angenommen. Der Bundesrat brachte Vorlagen, betreffend den Haushaltsetat des Bundes für das Jahr 1867 und das Bundeschuldenwesen, ein.

Berlin, 19. October. Die „Kreuz-Ztg.“ meldet: Die Verhandlungen mit Dänemark schreiten wegen eines Augenleidens des Herrn v. Quaade und der Geschäftsüberhäufung des Legationsrathes Bucher nur langsam vor. Die Andeutungen französischer Journale über die Instructionen Bucher's und die sonstigen Mittheilungen über den Gang der Verhandlungen sind durchaus unzulässig. — Der Kronprinz von Dänemark ist hier einzetroffen. — Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht den zu nehmen entschlossen ist.“

Börsenbericht. Wien, 18. October. Die Börse verkehrte zu weichenden Coursen in Staats- und Industriepapieren, während sich Devisen und Saluten nicht unerheblich vertheuerten. Geld abondant. Geschäft nicht ohne Belang.

Öffentliche Schuld.

A. des Staates (für 100 fl.)		Geld	Waare	Geld	Waare
In ö. W. zu 5pCt. für 100 fl.	51.30	51.50	Böhmen zu 5% 86.— 87.—	Böh. Westbahn zu 200 fl.	138.— 138.50
In österr. Währung steuerfrei	55.80	56.—	Böhmen 5" 88.50 89.—	West. Don.-Dampfssch.-Gef. 470.— 472.—	470.— 472.—
Steueranl. in ö. W. v. 3. 1864 zu 5pCt. rückzahlbar	86.—	86.25	Böhmen 5" 86.75 87.25	Österreich. Lloyd in Triest 163.—	163.— 165.—
Silber-Antlehen von 1864	73.—	74.—	Böhmen 5" 88.— 89.—	Wien-Dampfssch.-Actg. 500fl. ö. W. 440.— 450.—	440.— 450.—
Silberant. 1865 (Fres.) rückzahlb. in 37 Jahr. zu 5pCt. 100 fl.	77.—	77.50	Böhmen 5" 89.50 90.—	Pesther Kettenbrücke 370.— 380.—	370.— 380.—
Nat.-Auf. mit Jän.-Coup. zu 5%	64.—	64.70	Böhmen 5" 67.50 68.—	Anglo-Austria-Bank zu 200 fl. 102.— 102.50	102.— 102.50
Metalliques" Apr.-Coup. " 5" 63.80 63.90			Böhmen 5" 66.50 67.—	Lemberger Cernowitz-Aktionen 171.— 172.—	171.— 172.—
detto mit Mai-Coup. " 5" 55.10 55.30			Böhmen 5" 68.— 69.—		
detto mit Mai-Coup. " 5" 56.70 56.90			Böhmen 5" 64.75 65.50		
detto	4fl.	48.25 48.75	Böhmen 5" 63.25 63.75		
Mit Verloß. v. 3. 1839	134.50	135.—	Böhmen 5" 63.50 64.50		
" " " 1854	71.—	71.50	Böhmen 5" 64.— 64.50		
" " " 1860 zu 500 fl.	79.50	79.70	Böhmen 5" 64.— 64.50		
" " " 1860 " 100" 84.50	85.—	85.—	Böhmen 5" 64.— 64.50		
" " " 1864 " 100" 71.70	71.70	71.90	Böhmen 5" 64.— 64.50		
Como-Rentenf. zu 42 L. aust.	20.—	20.50	Böhmen 5" 63.75 64.25		
B. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Entl.-Oblig.	zu 5%	88.— 88.50			
Niederösterreich 5" 87.50	88.—	88.50			
Österreich 5" 200 fl. EM.	164.—	164.50			
Gal. Karl-Lud.-B. 200 fl. EM.	205.50	206.—			

Actien (pr. Stück).

Nationalbank (ohne Dividende)	671.—	673.—
Kredit.-Anstalt zu 1000 fl. C. M.	1485.—	1690.—
Kredit.-Anstalt zu 200 fl. ö. W.	169.90	170.10
N. ö. Escom.-Gef. zu 500 fl. ö. W.	602.—	605.—
S. C. G. zu 200 fl. C. M.	228.50	228.50
Kais. Eliz. Bahn zu 200 fl. C. M.	137.50	138.—
Silb.-nord. B. 200 fl.	118.50	119.—
Silb.-St. L. ven. n. z. 1. C. 200 fl.	164.—	164.50
Gal. Karl-Lud.-B. 200 fl. EM.	205.50	206.—

Staatsvertrag zwischen Österreich und Preußen, betreffend die Erweiterung der Eisenbahnverbindung.

Nom, 19. October. Nach erbittertem Kampfe wurde Nerola gestern Abends von den päpstlichen Truppen wieder genommen. Die Garibaldianer hatten viele Tote, Verwundete und Gefangene.

Paris, 19. October. Die „Patrie“ behauptet, daß die französische Intervention keineswegs den Charakter eines Angriffes habe. Frankreich erkläre nicht Italien, wohl aber der Revolution den Krieg. Die „Patrie“ schließt ihren Artikel folgender Weise: Wenn Italien ohnmächtig ist und nicht Frankreich herbeiruft, so müsse Frankreich seine Unterschrift vertheidigen kommen; wenn das ohnmächtige Italien zum Witzschuldigen wurde, so müste Frankreich gegen die beschützte Revolution und gegen das mitschuldige Italien marschiren. — Depeschen aus Florenz melden die Verschärfung der Ueberwachungs-Maßnahmen an der Grenze. — Depeschen aus Berlin versichern, daß Preußen, von Italien über die Sachlage ausgeholt, im Sinne der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ geantwortet hätte.

Madrid, 18. October. Es bestätigt sich, daß die Fregatte „Ville Madrid“ nach Civitavecchia abgegangen ist. — Die Nachricht von der Bildung einer Legion zur Vertheidigung des Papstes ist unrichtig.

Telegraphische Wechselcourse

vom 19. October.

Spqr. Metalliques 55.20. — Spqr. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 56.80. — 5pqr. National-Antlehen 64.30. — Baut-actien 67.2. — Creditactien 171.40. — 1860er Staatsanlehen 80.50. — Silber 122.50. — London 124.90. — K. k. Ducaten 5.97.

Geschäfts-Zeitung.

Die österreichischen Staatsgläubiger und das Unification-Projekt. Man schreibt der „K. k. Ztg.“ aus Wien unter dem 12. October: „Der Gedanke einer Unification der österreichischen Staatsgläub., welcher in dem Ausgleichsvorschlage der beiden Deputationen seinen (allerdings vorerst nur formalen) Ausdruck gefunden, ist mehrfach als bedrohlich für die Rechte der Staatsgläubiger dargestellt worden. Jede Reform findet Gegner, am meisten eine solche, welche der sündigen Gewohnheit des bloßen Couponabschneidens einiges Nachdenken aufdrängt. Doch wird kaum irgend jemand den Hegel'schen Satz, was da ist, ist verünftig, auf den riesigen Speisezettel der hundertfachen Kategorien österreichischer Staatschuldentitel anwenden wollen. Die Schwierigkeit der Staatschuldentwertung, die unmäßige Bielschreiberei, die unverhältnismäßige Steigerung der Verwaltungskosten sind die nothwendigen Folgen dieses Verhältnisses. England, Frankreich, Preußen, selbst Italien haben begriffen, daß jede auch die mächtigste Maschine um so präziser und sicherer arbeitet, um so weniger Reparaturkosten verursacht, je einfacher das Princip ist, nach welchem sie construirt wurde. Mit einem Worte, es handelt sich bei der angeregten Norm darum, die hundert verschiedenen Titel und Kategorien der österreichischen Staatschuld möglichst — wohlverstanden möglichst und thunlich — in eine einheitliche Rentenf. zu convertieren. Die beabsichtigte Operation wird ein großes, sicherlich auf eine längere Zeit ausdehnendes Stück Arbeit erfordern. Bei den verschiedenen, einsch. verzinslichen Papieren stellt sich das Verhältnis zur Umwandlung in die neue Rentenf. mit mathematischer Genauigkeit von selbst heraus. Dass im Allgemeinen die Amortisation der Staatschulden nur dann eine Realität ist, wenn sie aus Überschüssen des Staateinkommens über die Staatsausgaben geleistet werden kann, dagegen eine kostspielige Täuschung ist sich schlägt, wenn mit der einen Hand aufs Neue geborgt werden muß, was die andere zurückzahlt; das hat das englische Parlament in seinen Beschlüssen seit Jahren praktisch anerkannt, und ebenso wurde in Frankreich die Würde der Amortisationsf. eingestellt, seit das dortige Budget ein Deficit ausweist. Solche Täuschung-Amortisationen sollen nunmehr auch in Österreich nicht mehr statuiren. Wo aber statuari. die Heimzahlung in bestimmten Fristen Staatsverpflichtung ist, wie bei den Lotterieanlehen und mehreren im Auslande abgeschlossenen Silberanlehen, da wird, nach dem zwischen den Deputationen beider Reichtheile abgeschlossenen Uebereinkommen, eine Umwandlung in neue Rententitel keineswegs auferlegt werden. Dass überhaupt die Rechte der Staatsgläubiger durch die Conversion unangetastet bleiben sollen, ist ausdrückliche Klausel des Uebereinkommens, auf die nicht genug hingewiesen werden kann. Wird endlich die Frage nach dem Modus procedendi bei der beabsichtigten Conversion gestellt, so dürfte selbst in den Kreisen des Finanzministeriums eine Antwort sehr schwer fallen, da über die Modalität der Ausführung durchaus noch keine Entschließung gesetzt wurde. Eine neue Bürgschaft dafür, daß auch die ungarischen Staatsmänner entfernt nicht versuchen werden, die österreichischen Staatsgläubiger bei der Conversion in ihren Rechten zu verlegen, liegt aber in dem Umstande, daß unsere transleithanischen Reichsgenossen viel zu klug sind, den allgemeinen Credit zu einer Zeit schwächen zu wollen, wo Ungarn als ein autonomes Land für seine Eisenbahn- und Canalaufbauten das Vertrauen der Capitalisten für längere Zeit zu Anspruch zu nehmen entschlossen ist.“

Laibach, 19. October. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 30 Wagen mit Getreide, 30 Wagen und 7 Schiffe (30 Klafter) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Mitt.	Wieg.		Mitt.	Wieg.
	fl. tr.	fl. tr.		fl. tr.	fl. tr.
Weizen pr. Mezen	6 60	7 30	Butter pr. Pfund	—	36.—
Korn " " " " " 4 — 4 8	—	—	Eier pr. Stück	—	2 —
Gerste " " " " " 3 — 3 50	—	—	Milch pr. Maß	—	10 —
Hafer " " " " " 1 80 2 —	—	—	Rindfleisch pr. Pf. Pf.	—	21 —
Halbfrucht " " " " " 4 80	—	—	Kalbfleisch	—	22 —
Heiden " " " " " 3 42	—	—	Schweinefleisch "	—	22 —
Hirse " " " " " 3 26	—	—	Schöpfnfleisch "	—	12 —
Kulturz " " " " " 4 —	—	—	Hähnchen pr. Stück	—	30 —
Erdäpfel " " " " " 1 70	—	—	Tauben	—	12 —
Linse " " " " " 4 —	—	—	Hen pr. Bentner	—	90 —
Erbsen " " " " " 4 —	—	—	Stroh	—	60 —
Hifolen " " " " " 4 50	—	—	Holz, hart., pr. Kf.	—	7 50
Rindfischmalz pr. Pf. Pf.	—	—	— weiches,	—	5 50
Schweinefischmalz " " " " " 44 —	—	—	Wein, rother, pr. Eimer	—	—
Spec. frisch " " " " " 32 —	—	—	Eimer	—	12 —
Spec. geräuchert " " " " " 49 —	—	—	weisser "	—	13 —

Krainburg, 18. October. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 105 Wagen mit Getreide, 13 Wagen mit Hen und Stroh, 40 Wagen mit Holz, 600 Stück Schweine, 6 Wagen mit Zwiebeln und 28 Wagen mit Kraut.

Durchschnitts-Preise.

	Mitt.	Wieg.		Mitt.	Wieg.
	fl. tr.	fl. tr.		fl. tr.	fl. tr.

<tbl_r cells="6" ix="2" max